Anlage 2 zur Niederschrift

Jahresrechnung
für das Haushaltsjahr 2016
im Rat der Stadt Kalkar
am 21. September 2017

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung legt Ihnen heute den Entwurf des Jahresabschlusses 2016 vor. Wie ich bereits im Rahmen meiner Rede zum Nachtragshaushalt 2017 angedeutet habe, konnte das Jahr 2016 tatsächlich mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen werden, und zwar in Höhe von 355.281,79 €.

Wie konnte das passieren? Sowas gab's doch seit Einführung des NKF außer im Eröffnungsjahr 2009 noch nie. Schließlich wurde das Jahr 2015 doch noch mit einem Rekorddefizit abgeschlossen. Was heißt das nun? Eben noch pleite und nun schon über dem Berg?

Gerne möchte ich Ihnen nun Ursachen und Wirkungen dieses Jahresergebnisses näherbringen.

Kurz zusammengefasst kann man sagen, dass das schlechte Ergebnis 2015 einen wesentlichen Beitrag zum Jahresergebnis 2016 geleistet hat, und dass das Jahresergebnis 2016 Wirkungen ins Jahr 2017 entfaltet.

Der fortgeschriebene Ansatz des Jahres 2016 belief sich noch auf -1.414.059 €. Er setzt sich zusammen aus dem Planansatz aus dem Nachtrag 2016 in Höhe von -1.365.302 € und den Ermächtigungsübertragungen aus 2015 in Höhe von -48.787 €.

Lassen Sie mich Ihnen nun die wesentlichen Veränderungen darstellen und erläutern.

Die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben liegen um rd. 1 Mio. € höher als geplant. Dies betrifft im Wesentlichen die Gewerbesteuer mit +913.512,92 €. Nach dem schlechten Ergebnis aus 2015 (rd. 2,4 Mio. €) wurde der Ansatz 2016 unter Hinzurechnung der Erstattung aus 2015 auf 3,56 Mio. € veranschlagt. Die tatsächliche Summe in 2016 ist dabei nicht auf eine einmalige Nachzahlung zurückzuführen, sondern spiegelt die derzeit gute wirtschaftliche Lage wider. Die Entwicklung in 2017 bestätigt derzeit diesen Trend.

Bei den Erträgen aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ist ein um rd. 2 Mio. € geringerer Wert als veranschlagt zu verzeichnen. Dies resultiert im Wesentlichen aus geringeren Erträgen aus der Schulpauschale. Bekanntlich wurde im Nachtrag 2016 erstmals der Umzug der Grundschule Kalkar ins Schulzentrum veranschlagt und mit Mitteln aus der Schulpauschale finanziert. Da die Umsetzung nicht in 2016 erfolgte, sind auch die hierfür veranschlagten Aufwendungen nicht aufwandswirksam angefallen. Daraus resultieren im Wesentlichen die Minderaufwendungen in Höhe von 1,77 Mio € bei den Sach- und Dienstleistungen (Zeile 13 der Gesamtergebnisrechnung). Insofern ergibt sich aufgrund dieses Sachzusammenhangs hier eine Saldierung.

Interessant ist die Summe der Schlüsselzuweisungen, die mit über 5,2 Mio. € den mit Abstand höchsten Wert seit der Umstellung der Berechnungssystematik im Jahre 2011 darstellen. Da dieser Wert bereits im Nachtrag 2016 veranschlagt war, ergibt sich hier allerdings kein Beitrag zur signifikanten Ergebnisverbesserung im Vergleich zur Planung.

Zwei Effekte haben im Wesentlichen die Höhe der Schlüsselzuweisungen beeinflusst. Zum einen spiegelt die Höhe der aktuellen Schlüsselzuweisungen die Steuerkraft der Stadt im Referenzzeitraum 1.7. des Vorvorjahres, hier also 2014, bis 30.6 des Vorjahres, also 2015, wider. Da in dieser Referenzperiode die große Gewerbesteuerrückzahlung liegt, die das Jahresergebnis 2015 nachhaltig negativ beeinflusst hat, ergibt sich für 2016 eine entsprechend geringere Steuerkraft, die sich in höheren Schlüsselzuweisungen zeigt. Zum anderen wurde in 2016 einmalig eine fehlerhafte Berechnung der Schlüsselzuweisungen aus Vorjahren korrigiert, was eine zusätzliche Erhöhung um rd. 500.000 € zur Folge hatte. Gleichzeitig beeinflussen die hohen Gewerbesteuereinnahmen 2016 auch die Steuerkraft für 2017, weshalb die Schlüsselzuweisungen für 2017 im Nachtrag um 600.000 € im Vergleich zur Planung nach unten korrigiert werden mussten.

Sie sehen, welche Wechselwirkungen hier zwischen den Haushaltsjahren bestehen.

Weitere positive Effekte auf das Jahresergebnis ergaben sich bei der Flüchtlingsbetreuung. Während auf der einen Seite die Erträge aus Kostenerstattungen des Landes aufgrund verbesserter Abrechnungsgrundlagen um 200.000 € über dem Planansatz lagen, konnten bei den Transferaufwendungen aufgrund rückläufiger Flüchtlingszahlen erhebliche Einsparungen, über 600.000 €, erzielt werden, allein bei den Leistungen für Krankheit über 400.000 €, eine für alle Beteiligten besonders schöne Summe.

Gegenläufig macht sich hier die Jugendamtsumlage an den Kreis Kleve bemerkbar. Während in den vergangenen Jahren konstant durchschnittlich rd. 2 Mio. € an den Kreis zu zahlen waren, gab es in 2016 einen Sprung auf 2,8 Mio. €, verbunden mit einer signifikanten Erhöhung des Umlagehebesatzes von 14,87% auf 18,64%. Auch in 2017 sind ähnliche Beträge zu zahlen, bei einem nochmals erhöhten Umlagehebesatz von 19,52%.

Diese Entwicklung betrachte ich mit größter Sorge, sowohl inhaltlich als auch finanziell. Es bleibt zu hoffen, dass nicht zuletzt durch gesellschaftspolitische Maßnahmen den steigenden Bedarfen und damit den finanziellen Entwicklungen Einhalt geboten werden kann.

Insgesamt konnten die Transferaufwendungen jedoch um über 750.000 € im Vergleich zum Plan verringert werden.

Auch bei den Personalaufwendungen wurden trotz signifikanter Tarifsteigerungen und Besoldungsanpassungen Einsparungen von rd. 236.000 € erzielt, allerdings in erster Linie durch zeitlich verzögerte Nachbesetzungen und Erkrankungen von Mitarbeitern. Auch wenn hierdurch kurzfristig positive Effekte erzielt werden, ersetzt dies natürlich nicht ein nachhaltiges Personalkostencontrolling und eine stetige strukturierte Aufgabenanalyse.

Die bilanziellen Abschreibungen bleiben aufgrund unterbliebener Investitionen mit über 200.000 € hinter den Planansätzen zurück. Auch hier gilt ähnliches wie bei den Personalaufwendungen. Ein nicht bedienter Investitionsbedarf ersetzt kein nachhaltiges Gebäudemanagement.

Bei den Zinsaufwendungen konnten durch Umschuldungen Einsparungen in Höhe von über 150.000 € im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden. Hier fielen in 2016 noch rd. 177.000 € an. Auch gegenüber dem Planansatz bedeutet dies eine Ersparnis von rd. 95.000 €.

Im Jahresabschluss 2016 sind auch Ermächtigungen ins Folgejahr übertragen worden, die mit rd. 150.000 € das Jahresergebnis 2017 belasten werden.

Weitergehende Informationen zu einzelnen Positionen können Sie dem Anhang und dem Lagebericht zum Jahresabschluss 2016 entnehmen.

Der Jahresüberschuss 2016 wird der Ausgleichsrücklage zugeführt und trägt somit dazu bei, dass bei einem Verlust in 2017 in dieser Höhe keine Anrechnung auf die 5%-Grenze erfolgt. Die im Nachtragsplan 2016 vorgesehene Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage entfällt damit.

In der Finanzrechnung ergab sich eine Erhöhung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln um knapp 800.000 €. Neben einem zwischenzeitlich abgelösten Kassenkredit über 5 Mio. € bestand daher zum Jahresende ein Guthaben von knapp 1,5 Mio. €, macht im Saldo rd. 3,5 Mio. Bedarf an Liquiditätskrediten. Dass dieser Betrag nicht deutlich höher war, ist dem Umstand geschuldet, dass eine Vielzahl von Maßnahmen auf die Folgejahre verschoben wurde. So wurden für das Jahr 2016 im Finanzplan Ermächtigungsübertragungen in Höhe von über 2,4 Mio. € gebildet. Zudem werden weiterhin Investitionspauschalen mangels sachgerechter Verwendung als Liquiditätsstärkung genutzt und in der Bilanz als erhaltene Anzahlungen ausgewiesen. Inzwischen belaufen sich diese auf über 4 Mio. €, die gedanklich den Bedarf an Liquiditätskrediten erhöhen.

Der Schuldenstand bei den Investitionskrediten konnte im Jahre 2016 durch ordentliche Tilgungen in Höhe von rd. 610 T € planmäßig auf unter 6,9 Mio. € gesenkt werden.

Im Lagebericht finden Sie eine Übersicht über die Entwicklung der Liquidität und der Investitionsdarlehensentwicklung.

Trotz des positiven Jahresergebnisses bleibt auch der Ergebnishaushalt weiterhin kritisch. Wie auch die Haushaltsplanung 2017 zeigt, hat sich der Eigenkapitalverzehr auf einem Niveau knapp unter der formellen Haushaltssicherung verstetigt. Wie dargestellt gab es für das Jahresergebnis 2016 einige nicht wiederholbare Sondereffekte und wie auch in den vergangenen Jahren wenig nachhaltige Beiträge aus Personal- und Sachkosteneinsparungen.

Im Lagebericht finden Sie eine Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals.

Im Anschluss an die Einbringung des Jahresabschlusses 2016 erfolgt die Prüfung im Rechnungsprüfungsausschuss. Dieser kann sich zur Prüfung eines Dritten bedienen. Hiervon hat der Rechnungsprüfungsausschuss für die vergangenen Jahre und auch für das Jahr 2016 Gebrauch gemacht. Im weiteren Verlauf hat der Rat der Stadt über die jeweils geprüfte Jahresrechnung und die Entlastung der Bürgermeisterin zu beschließen.

Für weitere Erläuterungen zum Jahresabschluss 2016 stehe ich selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stefan Jaspers
Kämmerer